



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner **CSU**

Drs. 19/4247, 19/5011

Stärkung der kinder- und jugendärztlichen Versorgung in Bayern

Der Landtag stellt fest, dass Kinder- und Jugendärzte in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft übernehmen.

Der Landtag begrüßt deshalb, dass die Staatsregierung die Medizinstudienmöglichkeit über die Land- und Amtsarztquote auf angehende Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin ausgeweitet hat.

Der Landtag begrüßt darüber hinaus, dass der Freistaat seit Jahren die Niederlassung von Kinder- und Jugendärzten durch die Niederlassungsprämie fördert und auf diese Weise die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) bei der Ausübung ihres Sicherstellungsauftrags unterstützt.

Allerdings sind die Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte vielfach überlastet. Viele Praxen können keine weiteren Patientinnen und Patienten aufnehmen.

Um diese Situation zu lindern und die Versorgung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundesebene

- sich dafür einzusetzen, dass der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) die Schwellenwerte angleicht und Unterversorgung sowohl im niedergelassenen allgemeinärztlichen wie im pädiatrischen Bereich bereits ab einem Versorgungsgrad von 75 Prozent definiert. Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) können dann früher eingreifen, schneller Anreize zur Wiederbesetzung der Arztsitze setzen und so die Versorgung verbessern.
- bei den Gremien der Selbstverwaltung darauf hinzuwirken, die Verhältniszahlen für Kinder- und Jugendärzte anzupassen.

- sich dafür einzusetzen, dass das Verhältnis der gestiegenen Anzahl und des Umfangs an erforderlichen Vorsorgeuntersuchungen und deren Vergütung geprüft wird.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert,

- sich im Konzert aller Bundesländer weiterhin dafür stark zu machen, dass die Zahl der Medizinstudienplätze in Deutschland, dem Vorbild Bayerns folgend, steigt. Insbesondere bedarf es eines gesteigerten Drucks auf die Länder – wie Bremen –, die bislang über keine Studienmöglichkeit für Humanmedizin verfügen.
- sich dafür einzusetzen, dass in Bayern im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel sowie im Rahmen der Hochschulautonomie ein Lehrstuhl für ambulante Pädiatrie eingerichtet wird.
- im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und ärztlicher Niederlassung zu fördern.
- die Gesundheitsregionen plus darin zu bestärken, weiterhin und nachdrücklich ein Augenmerk auf die Kinder- und Jugendmedizin zu richten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident